

SVP *ja***SVP****UDC****Die Zeitung des Mittelstandes**

Schweizer Strom!

Die Energiepolitik der Schweiz steht an einem Scheideweg. Mit dem Auslaufen der Stromverträge mit französischen Kernkraftwerkbetreibern und dem Ende der Betriebsdauer der KKW's Beznau I und II sowie Mühleberg wird die Schweiz spätestens ab 2020 ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Will die Schweiz auch in Zukunft eine sichere und günstige Stromversorgung ihr Eigen nennen, muss sie konkrete Massnahmen treffen, damit dieses Ziel erfüllt werden kann.

Seiten 8 - 11

JA zur Missbrauchsbekämpfung

Seite 7

Nationalrat Yvan Perrin zum revidierten Asylgesetz und neuen Ausländergesetz

Ernährungssouveränität sichern

Seite 13

Nationalrat Toni Brunner zur neuen Agrarpolitik 2011 und deren Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Liberaler Drogenpolitik ist KEIN Erfolg!

Seite 15

Sabina Geissbühler-Strupler zu den verheerenden Folgen der laschen Schweizer Drogenpolitik



Magistrale Worte

„Wer ein schon stark besetztes kleines Rettungsboot mit beschränktem Fassungsvermögen und ebenso beschränkten Vorräten zu kommandieren hat, indessen Tausende von Opfern einer Schiffskatastrophe nach Rettung schreien, muss hart scheinen, wenn er nicht alle aufnehmen kann. Und doch ist er noch menschlich, wenn er beizeiten vor falschen Hoffnungen warnt und wenigstens die schon Aufgenommenen zu retten sucht. Richtig geordneter Widerstand rechnet mit den vorhandenen Kräften, vergeudet sie nicht, sondern richtet sich auf ein langes, zähes Aushalten ein und gibt nicht nach. Der Einzelne muss ebenso ausharren können wie ein ganzes Volk.“

Bundesrat Eduard von Steiger hatte keinen leichten Stand, als er am 30. August 1942 vor einer Versammlung der Jungen Kirche in Zürich die von seinem Polizeichef Heinrich Rothmund selbständig angeordnete - und nach öffentlichen und privaten Protesten inzwischen bereits gemilderte - Schliessung der Schweizergrenze loyal zu verteidigen versuchte. Die Rückweisung von Flüchtlingen, ja die Rückschaffung von bereits weit ins Landesinnere Gelangten unter dramatischen Umständen, hatte für die Betroffenen teilweise tödliche Folgen und gehört zu den sehr schwierigen Kapiteln der Schweizer Geschichte. Aber auch solche Kapitel sind selbstverständlich nicht losgelöst vom Gesamtzusammenhang zu beurteilen, zu dem zum Beispiel gehört, dass die Länder der Neuen Welt damals kaum Bereitschaft bekundeten, vorübergehend in der Schweiz Aufgenommene einreisen zu lassen.

Noch etwas anderes muss nachdenklich stimmen: Seit sich der 1962 verstorbene BGB-Politiker Steiger nicht mehr selber wehren kann, haben seine zum Teil nachgeborenen Kritiker aus den differenzierenden und differenzierten Worten des Magistraten die Kurzformel „Das Boot ist voll“ gemacht und diese falsche Formel mit Erfolg als Generalkritik an der Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in Umlauf gesetzt. Diese Feststellung mahnt zur Vorsicht im Umgang mit der Geschichte, zu verdoppelter Vorsicht, wenn gegenwärtige politische Interessen so offensichtlich mit im Spiel sind, wie in den laufenden Abstimmungskämpfen. Auch im Umgang mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus Bundesratsreden, alten und neuen, gilt jederzeit die Wahrheit, dass der ewige Preis der Freiheit die ewige Wachsamkeit ist. ◀

Bundesrat Samuel Schmid



Photo: zvg



Ständerat Hansruedi Stadler (CVP)
Präsident GPK SR

Ablenkung um jeden Preis

Der **FETTNAPF DES MONATS** geht an die **Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerates**. Im Vorfeld der Abstimmung um das revidierte Asyl- und Ausländergesetz wird auf vielen Ebenen durchgestartet. Dass die Gegner der Vorlage sowie die notorischen Kritiker an Bundesrat Blocher und der SVP aktiv werden, sei ihnen ungenommen. Dass sie damit aber bewusst von den zu lösenden Missständen ablenken wollen, ist fahrlässig. Und dass sich die GPK des Ständerates instrumentalisieren liess, um in ausführlicher Wortklauberei die Rede eines Bundesrates zu kritisieren, ist ein Armutszeugnis für eine solche Kommission. Wenn sich die GPK mit Missständen befassen wollte, täte sie gut daran stattdessen die Geschäftsführung der Asylrekurskommission zu prüfen und all die Missstände in der Asylindustrie.

Das Problem ist nicht Bundesrat Blocher, ist nicht seine Rede - das Problem ist der Missbrauch des Asylrechts. Jüngst kam sogar die grosse Boulevardpresse nicht umhin dies zuzugeben. Alle mediale Bemitleidung konnte nicht „wegumarmen“, dass der Fall der armen abgewiesenen minderjährigen Waise Solongo ein Missbrauchs- und zudem beileibe kein Einzelfall ist, nachdem öffentlich wurde, dass es sich bei Solongo weder um eine Waise noch um eine Minderjährige handelte.

Das bringt uns zu der Abstimmung vom kommenden September. Scheinheilig behaupten die Gegner des revidierten Asyl- und Ausländergesetzes, das Gesetz sei da, um Asyl zu gewähren und nicht um Missbräuche zu bekämpfen, denn die Ablehnung von Gesuchen sei unmenschlich. Was ist „unmenschlich“ an einem Gesetz, welches die Möglichkeit schafft, unkooperatives Verhalten wirkungsvoller zu sanktionieren und die geschäftige Asylindustrie zu weniger Missbrauch förderndem Verhalten zu bewegen? Gerade dies hilft uns, die Instrumente zu verfeinern und jeden Fall noch sorgfältiger zu prüfen - und somit nur denjenigen Asyl zu gewähren, die unseren Schutz brauchen anstatt all denen, die sich das Asylrecht nur erschleichen wollen. Das ist die echte humanitäre Tradition, für welche unser Land weiterhin stehen soll.



Jede Stimme zählt!

Am 24. September stimmen wir über das revidierte Asyl- und Ausländergesetz ab. Nach jahrelangem Druck und nach zwei Volksinitiativen der SVP liegen uns im Asyl- und Ausländerbereich nun endlich zwei Gesetze vor, welche die Bekämpfung des Missbrauchs unseres Systems durch Scheinflüchtlinge, Profiteure und Kriminelle erlauben. Die beiden Gesetze verdienen unsere Zustimmung.

Nach jahrelangen Warnungen und Forderungen im Asylbereich wurde im Jahre 1996 unsere erste Volksinitiative „gegen die illegale Einwanderung“ nur sehr knapp abgelehnt, weil der Bundesrat damals versprach, er werde dem Missbrauch im Asylwesen ein Ende setzen. Leider passierte nichts. Deshalb reichte die SVP eine zweite Volksinitiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ ein, welche Ende 2002 lediglich an ein paar Tausend Stimmen scheiterte. Diesem Druck von Seiten der Bevölkerung konnte der Bundesrat nicht mehr standhalten: Bereits vor der Abstimmung legte alt Bundesrätin Metzler dem Parlament den Entwurf eines neuen Asylgesetzes vor. Fast gleichzeitig wurde – ebenfalls auf Druck der SVP - der Entwurf eines revidierten Ausländergesetzes vorgelegt. Es gelang, in der Kommissionsarbeit und im Parlament die beiden Vorlagen in die richtige Richtung zu korrigieren. Dabei konnten wesentliche Verbesserungen vor allem nach den Nationalratswahlen eingebracht werden, einerseits, weil die SVP stärker wurde, andererseits durch die Wahl von Christoph Blocher zum für die beiden Revisionen zuständigen Bundesrat. Nun liegen zwei annehmbare Gesetze vor.

Das neue Asylgesetz ist auf den Grundsatz ausgerichtet, dass bei uns Schutz bekommt, wer an Leib und Leben gefährdet ist. Unechte Asylbewerber hingegen können mit dem verbesserten Gesetz rascher zurückgeführt werden. So können die wachsenden Missbräuche der letzten Jahrzehnte und die Ungerechtigkeiten gegenüber echten Flüchtlingen verhindert werden. Denn Tatsache ist, dass von 10'000 neuen Asylsuchenden pro Jahr die grosse Mehrheit keine Asylgründe vorbringen kann. Das revidierte Ausländergesetz ermöglicht die dringend benötigte Steuerung der Zuwanderung aus nicht EU-Ländern, denn mit der EU gilt die Personenfreizügigkeit. Insbesondere die stetig zunehmende Zuwanderung zu unserem Sozialsystem kann mit dem heute gültigen Gesetz aus den Dreissiger Jahren nicht wirksam bekämpft werden.

Die Linke und Flüchtlingsorganisationen haben das Referendum gegen das verbesserte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz eingereicht und massiven Widerstand gegen die beiden Gesetzesvorlagen angekündigt. Deshalb liegt es nun an den Stimmbürgern, mit einem deutlichen Ja zu den beiden Vorlagen der Verbesserung der Missbrauchsbekämpfung zum Durchbruch zu verhelfen. Es gilt also, die Verantwortung für die Abstimmung am 24. September persönlich wahrzunehmen und auch das Umfeld zu mobilisieren, zwei Mal ein Ja für das revidierte Asyl- und Ausländerrecht in die Urne zu werfen. Jede Stimme zählt!

Nationalrat Ueli Maurer, Parteipräsident SVP

McShave
YOUR SHAVE EXPERT

MEGA-DISCOUNT

Gillette
Rasierklingen
bis zu 40% günstiger

Gleich online bestellen bei www.mcshave.ch oder 041 740 43 93

SVP
UDC

Nicht vergessen!

SVP-Delegiertenversammlung
Samstag, 19. August 2006
Kanton Zug

Ihr Inserat im SVPja - immer ein Erfolg!



SVP reicht Referendum gegen die Kohäsionsmilliarde ein

(SVP) Das Referendum gegen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Osthilfegesetz) ist zustande gekommen. Damit wird das Volk entscheiden können, ob trotz wachsenden Schuldenbergen zusätzliche Milliardenzahlungen an die EU entrichtet werden sollen und dafür ein Gesetz geschaffen wird, das auch künftige Zahlungen ohne demokratisches Mitspracherecht möglich macht.



Photo: Simon Glaser

► Zufriedene Gesichter bei der Einreichung des Referendums gegen die Kohäsionsmilliarde - über 70'000 Unterschriften wurden gesammelt!

Dieses Referendum hat für die SVP eine klar finanzpolitische Dimension. Für uns war es immer klar, dass diese Milliarde vollumfänglich zu kompensieren ist und es bei dieser einen Milliarde bleiben muss. Diese beiden Forderungen sind mit dem Osthilfegesetz und den bereits in Aussicht gestellten weiteren Zahlungen nicht erfüllt.

Im höchsten Grad unfair und staatspolitisch bedenklich ist, dass der Bundesrat erst nach gewonnener Abstimmung zu Schengen/Dublin zugab, dass ein Zusammenhang mit dieser Kohäsionsmilliarde besteht. Ebenfalls eröffnete er der Bevölkerung erst dann, dass da noch ein Fonds zur Sicherung der Ostgrenzen besteht, in welchen die Schweiz ebenfalls Zahlungen zu leisten hat und sich dadurch die Kosten für Schengen verdreifachen werden.

Unser demokratisches System erlaubt zum Glück eine Kontrolle durch das Volk. Und diese Kontrolle wollen wir aus oben angeführten finanzpolitischen Gründen beim vorliegenden Osthilfegesetz vornehmen. Das ist demokratisch, legitim und auch von Bundesräten zu akzeptieren. Wenn Bundesrat Deiss unser Referendum als „inkohärent und scheinheilig“ bezeichnet, so stellt sich die Frage, wie denn die leeren Versprechungen und das unglaubliche Vorgehen des Bundesrates zu beurteilen sind.

Unverständlich ist für uns, dass der Bundesrat nicht erkennt, dass es sich um ein innenpolitisches Problem handelt, dass er selbst lösen kann. Im Falle eines Neins braucht es eine andere gesetzliche Grundlage sowie die versprochene Kompensation der Gelder. Das unterwürfige „zu

Kreuze kriechen“ in Brüssel ist unserer Landesregierung unwürdig und die indirekten Drohungen an die Bevölkerung sowohl aus EU-Kreisen wie auch aus dem Bundesrat sind unangebracht, peinlich und grenzen an Erpressung. Mit der EU und den bilateralen Verträgen hat dieses Referendum nichts zu tun.

Der Verlauf unserer Unterschriftensammlung kann als sehr positiv bezeichnet werden: Nach zahlreichen Standaktionen in all unseren

Die stattliche Zahl an zusammengekommenen Unterschriften zeigt, dass das Gesetz umstritten ist. Dem bevorstehenden Abstimmungskampf sehen wir zuversichtlich entgegen. Wir werden auch dann zumal finanzpolitisch argumentieren und betonen, dass keine weiteren Mehrausgaben und keine neuen Steuern in Kauf genommen werden dürfen. Auch die Wirtschaft muss wissen, dass gesunde Staatsfinanzen und saubere Zahlungsmodalitäten die wichtigsten Rahmenbe-



Photo: Simon Glaser

► (v.l.n.r.) Nationalrat Hans Fehr, Parteipräsident und Nationalrat Ueli Maurer und Generalsekretär Gregor A. Rutz

Kantonalparteien können wir heute rund 70'000 beglaubigte Unterschriften gegen das Osthilfegesetz einreichen. Damit kann - voraussichtlich am kommenden 26. November - das Volk darüber entscheiden, ob es unter diesen Bedingungen eine Milliarde an die EU bezahlen und dem Bundesrat auch noch die Blankounterschrift für weitere Zahlungen an neu hinzukommende EU-Staaten geben will.

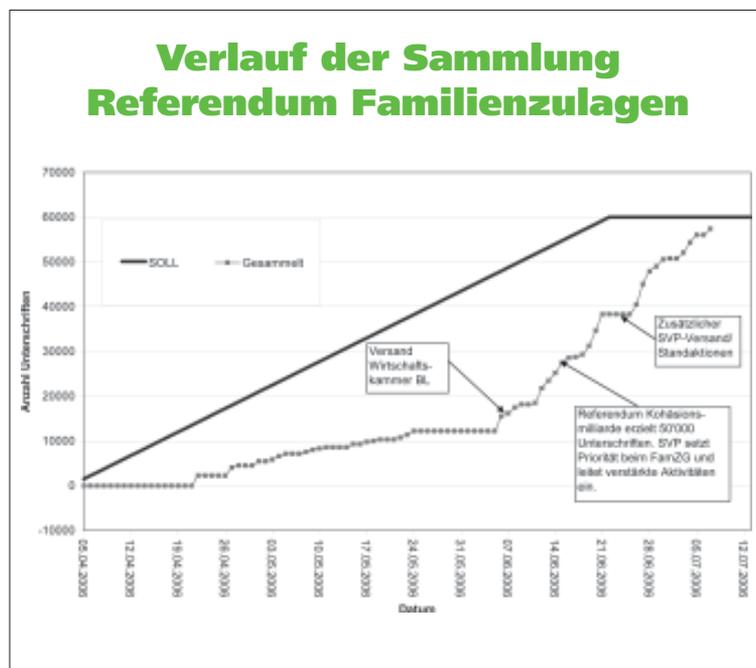
dingungen für die Wirtschaft eines Landes sind. Deshalb ist zu hoffen, dass sich die Verbände wie angekündigt auf ihre finanzpolitischen Grundsätze besinnen und auf die Besteuerung mehrerer Millionen Franken an einen bundesrätlichen Abstimmungskampf verzichtet. Dies umso mehr, als die Wirtschaftsverbände das Referendum gegen die Kinderzulagen nur mit Hilfe der SVP zustande brachten. ◀



Nicht noch mehr Kinder im Ausland finanzieren!

(SVP) Sollen in Zukunft arbeitslose Ausländer für ihre im Ausland lebenden Kinder Familienzulagen erhalten? – Wohl kaum. Glücklicherweise hat der Schweizerische Gewerbeverband das Referendum gegen das Familienzulagengesetz ergriffen. Heute ist es nun zu Stande gekommen. Die SVP gratuliert dem Gewerbeverband zu diesem Erfolg. Nach einem schwierigen Sammelstart durfte die SVP mit gegen 20'000 Unterschriften einen Beitrag zum Erfolg des Referendums leisten.

Mit dem neuen Familienzulagengesetz wurde einmal mehr eine neue Sozialversicherung auf Bundesebene installiert und dies, obwohl praktisch alle bestehenden Sozialwerke in grossen Finanzierungsproblemen stecken (IV, AHV, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung). Die jährlichen Mehrkosten von rund 700 Millionen Franken für die Wirtschaft sind höher als die Entlastung, welche durch andere Steuerreformen (Unternehmenssteuerreform) erzielt wird. Unter dem Strich bedeutet dies, dass die Löhne unter Druck geraten werden, obwohl wegen diesem Gesetz in der Schweiz kein zusätzliches



Kind das Licht der Welt erblicken dürfte. Besonders störend ist, dass mit der neuen Regelung arbeitslose Ausländer, welche Kinder haben, die im Ausland leben, ebenfalls in den Genuss von Kinderzulagen kommen. Jedes Jahr würde so eine halbe Milliarde Franken aus unserer Volkswirtschaft ins Ausland abwandern. Alles unter dem Deckmantel der Familienförderung in der Schweiz!

Die SVP freut sich, dass sie dem Gewerbeverband einen Drittel der Unterschriften zum Gelingen dieses Referendums beitragen konnte. ◀



Der SVP Geld spenden via Internet

Die Schweizerische Volkspartei lebt weitgehend von Spenden. Nur dank der finanziellen Unterstützung zahlreicher Schweizerinnen und Schweizer ist die SVP in der Lage, konsequent für eine unabhängige und neutrale Schweiz einzustehen sowie für weniger Steuern, Gebühren, Abgaben und gegen Missbräuche aller Art zu kämpfen. Jetzt kann man die SVP auch via Internet finanziell unterstützen. **Als erste Partei der Schweiz nutzt die SVP auch das Internet für die Übermittlung kleiner Geldspenden.** Es geht ganz einfach: Man wählt den gewünschten Betrag aus, registriert sich und gibt an, ob die Spende mit Kreditkarte oder über die Telefonrechnung bezahlt werden soll. Alles andere passiert automatisch. Die Spendenseite findet man im Internet unter www.svp.ch. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Keine Schweizer Soldaten im Sudan!

(SVP) Die SVP wehrt sich gegen den geplanten Einsatz von zusätzlichen Schweizer Soldaten im Ausland. Das Spannungsverhältnis zwischen der Neutralität und solchen Auslandseinsätzen eines Kleinstaats ist zu gross. Solange die Entwicklungsschritte 08-11 der Armee und deren Finanzierung ungelöst sind, dürfen nicht Mittel für neue kostspielige Auslandabenteuer abgezogen werden. Denn die Priorität unserer Armee liegt im Inland. Hier gilt es der wachsenden Terrorbedrohung durch kulturelle und religiöse Spannungen mit einer umfassenden Verteidigungsfähigkeit zu begegnen. Die Sicherheit der Schweiz wird auch in Zukunft nicht im Süd-Sudan, sondern in unserem Land, gewährleistet.

Viele europäische Staaten verkleinern zurzeit ihre Armeekontingente (z.B. Italien, Spanien, skandinavische Länder etc.). Die Schweiz hingegen will sie von 270 auf 500 Personen aufstocken. Betrachtet man die Analysen der Bedrohungslage (z.B. Bericht zur inneren Sicherheit) und die schrumpfenden finanziellen Möglichkeiten des Verteidigungsdepartements, so ist dieser Schritt abzulehnen. Anstatt sich auf die offenen Fragen der Entwicklungsschritte 08-11 und deren Umsetzung zu konzentrieren, wird bereits wieder eine neue Baustelle aufgerissen.

Die SVP wehrt sich gegen die Absichten des VBS, zusätzli-



che Schweizer Soldaten nach Afrika zu entsenden. Selbstverständlich richtet sich der Widerstand der SVP nicht gegen humanitäre Einsätze, sondern gegen die so genannten „Friedenseinsätze“. Bisher sind die effektiven Kosten und der Nutzen solcher „Friedens-

einsätze“ der Schweizer Armee völlig unbekannt.

Die Bedrohungslage hat sich verändert. Die Priorität ist unbedingt auf das Inland zu legen. Die wachsende Gewichtung der Auslandseinsätze ist nicht nachvollziehbar.

So ist völlig unklar, welche Interessen die Schweiz im Kosovo oder möglicherweise im Süd-Sudan verfolgt. Die Gefahr jedoch, dass die Schweiz innerhalb von bewaffneten Konflikten zur Partei werden kann, ist latent vorhanden.

Bis geklärt ist, was solche Auslandseinsätze effektiv kosten und welchen Nutzen sie bringen, sind keine neuen Engagements zu bewilligen. Die SVP fordert einen Abbruch der Auslandseinsätze der Schweizer Armee und eine Konzentration der verbleibenden finanziellen und personellen Mittel auf das Inland. Denn hier ist der Nutzen sofort sichtbar. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratarif auf www.svp.ch

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik



STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die „Stiftung für bürgerliche Politik“ ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung

auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031/300'58'58).

2 x JA für eine bessere Missbrauchsbekämpfung

Im Herbst werden wir über das revidierte Asylgesetz und ein neues Ausländergesetz abzustimmen haben, weil die Linke gegen diese beiden Vorlagen das Referendum ergriffen hat. Beide Gesetze stellen wichtige Schritte zur Bekämpfung des Missbrauchs unseres Systems durch Scheinflüchtlinge und Kriminelle dar.

Die alten Gesetze haben nicht mehr genügt, um auch künftig den Missbrauchsproblemen Herr zu werden. Mit kleineren Verbesserungen konnte zwar der Asylrechtsmissbrauch dank der seriösen Arbeit von Bundesrat Blocher schon deutlich eingedämmt werden. Noch immer kämpfen wir aber mit fast 10'000 neuen Asylgesuchen pro Jahr, von denen immer noch 75% missbräuchlich sind. Auch unsere Nachbarstaaten verschärfen ihre Gesetze laufend, und wenn die Schweiz nicht so rasch als möglich nachzieht, wird sie schnell wieder zum Missbrauchsparadies inmitten Europas.

Der Fall Solongo – ein klassischer Asylmissbrauchsfall

Im Juli 2006 versuchte die Presse den Fall einer abgewiesenen Asylsuchenden zu benutzen, um Stimmung gegen das revidierte Asylgesetz zu machen. Die Flüchtlingshilfe hatte die Zeitung auf den Fall aufmerksam gemacht. Der Fall war tagelang Thema der Presse, es meldeten sich sogar verschiedene Personen, welche die Abgewiesene bei sich aufnehmen wollten. Die Kampagne ging weiter, bis die Fremdenpolizei des Kantons Graubünden den wahren Sachverhalt offen legte und aufzeigte, dass es sich um einen klassischen Fall von Missbrauch des Asylrechts mit Verschleierung der Identität handelte.

Solongo Chinbat war entge-

gen ihren eigenen Angaben weder minderjährig noch Waisenkind, sondern über 21 Jahre alt und hat in der Mongolei nicht nur noch ihre Mutter, sondern sogar noch andere Familienangehörige. Zudem heisst sie mit richtigem Namen Solongo Bold. Sie wurde am 6. Januar 1985 geboren und besuchte in Ulan Bator die Grundschulen. Sie wuchs bei ihrer Mutter, einer Ärztin, in geordneten Verhältnissen und ohne finanzielle Probleme auf. Zusammen mit ihrer Mutter organisierte sie 2002 die Ausreise in die Schweiz. Für die Schweiz als Asylland hat sie sich entschieden, weil die Schweiz in Westeuropa das beste Land als Asyldestination sei. Sie reiste mit Hilfe eines Schleppers über Moskau nach Frankreich und von dort nach Genf. Hier lernte Solongo Bold eine andere Mongolin kennen und sie beschlossen, sich als Schwestern auszugeben und in Kreuzlingen gemeinsam ein Asylgesuch zu stellen.

Nach Einreichung des Asylgesuchs wurde Solongo Bold am 12. Februar 2003 durch das Bundesamt für Flüchtlinge zu ihren Asylgründen befragt. Sie war zu diesem Zeitpunkt bereits volljährig. Zur Begründung ihres Asylverfahrens machte sie geltend, dass sie mongolische Staatsangehörige und am 10. Juli 1988 geboren sei, dass ihre Eltern gestorben seien, dass sie zusammen mit ihrer Schwester und deren Lebenspartner bei der Grossmutter gelebt habe und dass sie mit ihrer Schwester auf-

grund der Probleme mit den heimatlichen Behörden mit Hilfe eines Schleppers auf unbekanntem Wege in die Schweiz gelangt sei. Am 21. Februar 2003 wurde auf das Asylgesuch nicht eingetreten und am 11. März 2003 tauchte Solongo Bold für 3 Jahre unter. Am 26. April 2006 wurde sie im Rahmen einer Hausdurchsuchung im Kanton Zürich verhaftet und dem Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht des Kantons Graubünden zur Rückführung in die Mongolei zugewiesen. Am 1. Mai 2006 bestätigte der Haftrichter die zur Identitätsabklärung angeordnete Ausschaffungshaft als rechtmässig. Am 22. Mai 2006 stellte die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) mit dem Hinweis auf die Minderjährigkeit ein Wiedererwägungsgesuch bei der Asylrekurskommission.

Aufgrund von in der Vergangenheit erfolgten Kontakten mit ihrer Familie konnte das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht Graubünden vor einigen Tagen die genaue Identität und Herkunft von Solongo Bold klären.

Konfrontiert mit dieser Beweislage gab Solongo Bold zu, ihr Asylgesuch unter falschem Namen, mit falschem Geburtsdatum und falschem Sachverhalt eingereicht zu haben. Sie zog am 5. Juli 2006 das Wiedererwägungsgesuch zurück. Erst jetzt legte auch die Flüchtlingshilfe am 6. Juli 2006 ihr Vertretungsmandat nieder und zeigte sich in ei-



► Nationalrat Yvan Perrin, Vizepräsident SVP Schweiz, La Côte-aux-Fées (NE)

ner Pressemitteilung geknickt. Solongo Bold ist inzwischen bereits freiwillig in die Mongolei zurückgekehrt.

Nicht immer wird ein Missbrauchsfall so rasch aufgeklärt und nicht immer reisen die Personen dann so schnell freiwillig aus. Aber der Fall ist exemplarisch für den Willen vieler, unter Verschleierung der wahren Tatsachen die Migrationsgesetze der Schweiz zu umgehen um hier ein Aufenthaltsrecht zu erhalten. Wenn wir diese Missbräuche nicht so gut wie es geht bekämpfen, leisten wir der Untergrabung des Rechtsstaates und damit der Untergrabung der Gerechtigkeit Vorschub. Dies dürfen wir nicht zulassen. Deshalb brauchen wir die neuen Gesetze. ◀

Schweizer Strom aus Eigenproduktion

Die Energiepolitik der Schweiz steht an einem Scheideweg. Mit dem Auslaufen der Stromverträge mit französischen Kernkraftwerkbetreibern und dem Ende der Betriebsdauer der KKW's Beznau I und II sowie Mühleberg wird die Schweiz spätestens ab 2020 ein gravierendes Stromversorgungsproblem haben. Will die Schweiz auch in Zukunft eine sichere und günstige Stromversorgung ihr Eigen nennen, muss sie konkrete Massnahmen treffen, damit dieses Ziel erfüllt werden kann.

Der Energieverbrauch nimmt nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit rasant zu. Trotz Fortschritten auf dem Gebiet der Energieeffizienz, trotz gesetzlichen Vorgaben, steigt der Stromverbrauch in der Schweiz weiterhin an. In den letzten 44 Jahren hat sich dieser mehr als verdreifacht. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen, da durch neue Anwendungen und die wachsende Bevölkerung der Stromverbrauch weiter ansteigen wird. Es ist eine Illusion zu glauben, der Trend könne mit Sparaufrufen gebrochen werden.

fang dieses Jahres in Erinnerung, als der russische Energieproduzent Gasprom während des Streits um höhere Gaspreise der Ukraine den Gashahn zudrehte. Diese Aktion hatte auch auf das übrige Europa Auswirkungen. Lieferungen wurden trotz bestehender Verträge nicht eingehalten.

In solch einer Situation muss das Hauptziel eines Landes auf einer günstigen und sicheren Versorgung liegen. Der Abbau der Energieabhängigkeit vom Ausland muss deshalb für die Schweiz oberste

che im Wettbewerb bestehen können.

Die SVP hat daher am 21. Juli 2006 den Medien ihre Forderungen zur Energiepolitik der Schweiz vorgestellt. Die Forderungen der SVP stützen sich auf folgende Eckwerte:

1. Keine künstliche Verteuerung des Stromes
2. Unabhängigkeit vom Ausland im Strombereich
3. Umweltfreundliche Stromproduktion

Schweizerischer Strommix – bewährt und zukunftsorientiert

Die schweizerische Stromproduktion stützt sich seit Jahrzehnten auf die Energieformen Wasser- und Kernkraft. Beide Energieträger erfüllen die Anforderungen an eine sichere, günstige, unabhängige und umweltfreundliche Stromproduktion.

Durch die Verwendung dieser CO2-freien Technologien nimmt unser Land auch in punkto Umweltverträglichkeit bei der Stromproduktion eine Spitzenstellung ein. Der schweizerische Strommix besteht heute zu gut 55% aus Wasserkraft, 40% Kernenergie sowie knapp 5%, welche mit konventionell-thermischen und anderen Anlagen

gedeckt werden:

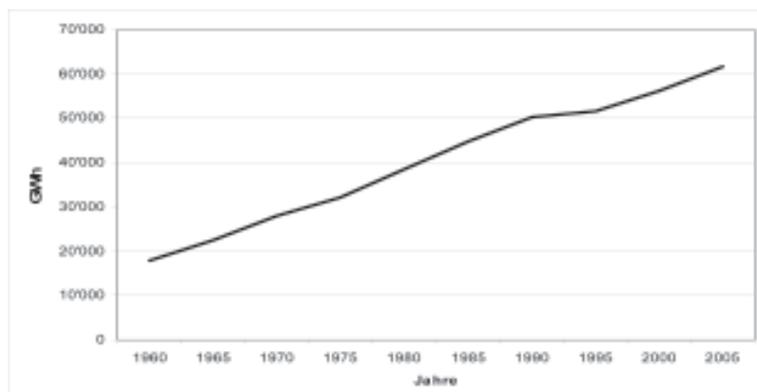
Bei den knapp 5% der Stromproduktion, welche durch konventionell-thermische und andere Kraftwerke erzeugt werden, machen die alternativen Energieformen wie Wind oder Photovoltaik nur einen winzigen Bruchteil aus. Gemäss einer Studie des Paul-Scherrer-Institutes könnten diese alternativen Energieformen selbst bei starker Förderung im Jahre 2035 nur einen Anteil von maximal 10% des heutigen Schweizer Strombedarfes bereitstellen (Energiespiegel Nr. 14 / Oktober 2005).

Ja zur bewährten Nutzung von Wasser- und Kernkraft

Die Schweiz besitzt dank ihrer geographischen Lage eine gute Ausgangslage in Bezug auf die Stromproduktion mit Wasserkraft. Als Wasserschloss Europas deckt die Schweiz damit den Grossteil ihres Stromverbrauches. Um auch in Zukunft von diesem Energieträger den grösstmöglichen Nutzen zu ziehen, ist die Wasserkraft auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. Unter anderem betrifft dies die Flexibilisierung der starren Restwassermengen. Initiativen und Einsprachen, welche die Stromproduktion aus Wasserkraft zusätzlich erschweren, ist deshalb, im Sinne einer nachhaltigen und umweltfreundlichen Stromproduktion, entschieden entgegenzutreten. Vielmehr ist ein Produktionsausbau bestehender Anlagen (u.a. Einsatz modernster Turbinen) zu begrüssen.

¹ Der Stromverbrauch setzt sich zusammen aus dem Endverbrauch und Übertragungs- und Verteilverlusten, welche vom Kraftwerk bis zum Abnehmer entstehen.

Stromverbrauch in der Schweiz 1960-2005



Quelle: Schweizerische Elektrizitätsstatistik, S. 11.¹

Gleichzeitig präsentiert sich die politische Weltlage je länger je unsicherer. Zu nennen sind die Konflikte im arabischen Raum, aber auch die neue Politik des Energielieferanten Russland, der seine Öl- und Gasreserven zunehmend als Druckmittel benutzt, um politische und finanzielle Interessen durchzusetzen. Nur zu gut sind die Ereignisse An-

Priorität geniessen. Eine nicht gesicherte, vom Ausland abhängige Energiepolitik würde den wirtschaftlichen Aufschwung und damit zahlreiche Arbeitsplätze gefährden. Die anstehenden Probleme im Energiesektor sind daher rasch und zielstrebig anzupacken. Dazu braucht es Investitionen in günstige und bewährte Energieformen, wel-

Neben der Wasserkraft ist Strom aus Kernkraftwerken der zweitwichtigste Energieträger. **Kernenergie erfüllt, wie die Wasserkraft auch, die Anforderungen, welche an eine sichere, günstige, umweltfreundliche und zukunftsorientierte Stromproduktion gestellt werden.** Die Schweizer Kernkraftwerke besitzen im weltweiten Vergleich sehr hohe Sicherheitsstandards. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Schweiz diesbezüglich ein fachliches Wissen angeeignet, das ihresgleichen sucht. Dieses Know-How zu verlieren oder brach liegen zu lassen, wäre fatal. **Auch in Bezug auf die Auslandsabhängigkeit ist die Kernenergie ein sicherer Wert.** Obwohl das zum Betrieb der Kraftwerke benötigte Uran in der Schweiz nicht vorkommt, haben sich die Betreiber mit langfristigen Lieferverträgen die Versorgung mit Brennelementen gesichert. Zudem liegt ein Grossteil der Uranvorkommen, im Gegensatz zu den Öl- und Erdgasreserven, in politisch sicheren Regionen der Welt.

Vorzutreiben ist die Nutzung des technischen Fortschritts. Es sind neue Reaktor-konzepte entstanden, um durch höhere Kapazitäten und Wirkungsgrade Uran noch effizienter und sicherer zu nutzen. Die Entsorgungsfrage ist jedoch rasch anzugehen. Die Schweiz hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen. Mit den beiden Anlagen im Mont Terri (JU) und Grimsel (BE) forscht ein internationales Konsortium von Wissenschaftlern an der Lösung der Entsorgungsfrage. In den letzten 30 Jahren wurden in unzähligen Feldarbeiten an potentiellen Standorten beachtliche Fortschritte erzielt.

Um weiterhin eine günstige, sichere und umweltfreundliche Versorgung zu ermöglichen, sind die bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Lebensdauer durch neue

Kraftwerke zu ersetzen. Hierbei ist es zwingend, dass vom Bundesrat ein Grundsatzentscheid bezüglich der Konkretisierung der Option Kernenergie getroffen wird.

Weitere Energieformen als Ergänzung

Obwohl alternative Energieformen die beiden bewährten Energieträger nicht ersetzen können, kommt ihnen trotzdem eine wichtige Rolle in der künftigen Energiepolitik zu.

Im Sinne eines möglichst umfassenden Strommixes ist die Produktion dieser alternativen Technologien zu begrüßen. Der Ausbau und die verstärkte Nutzung dieser Energieformen hat jedoch ohne staatliche Fördermittel zu geschehen. Der Markt und damit der Kunde soll entscheiden, welcher Energieform er in Zukunft den Vorzug geben will.

Energie aus Biomasse hat das Potenzial, in Zukunft neben der Wasserkraft eine der wichtigsten alternativen Energie-

formen zu werden. Ihre CO₂-Neutralität ist insbesondere hinsichtlich der laufenden Verpflichtungen der Schweiz in Bezug auf das Kyoto-Protokoll von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig ist sie eine der wenigen nachwachsenden einheimischen Ressourcen für die Energie- und damit auch Stromproduktion. **Die Biomasse hat das Potential, hier einen Beitrag zu leisten.** Holz ist dabei die mit Abstand wichtigste Biomasse-Ressource der Schweiz.

Die Forderungen der SVP auf einen Blick

- ▶ Um grösstmögliche Unabhängigkeit vom Ausland zu erreichen, muss verstärkt auf vorhandene oder leicht zu beschaffende, möglichst einheimische Ressourcen gesetzt werden.
- ▶ Die SVP begrüsst eine möglichst CO₂-freie Stromproduktion. Dieses Ziel ist mit dem aktuellen Strommix am besten gelöst. Verteuernde Massnahmen sind abzulehnen. Die Rahmenbedingungen sind freiheitlich und wirtschaftsfreundlich auszugestalten.
- ▶ Die SVP wehrt sich gegen jegliche staatliche Lenkungs- und Förderabgaben im Energiebereich. Es ist auf freiwillige Massnahmen zur Steigerung der Effizienz und zur Verringerung des Energieverbrauches zu setzen.
- ▶ Die SVP fordert die Anpassung der Reduktionsziele an den internationalen Standard und lehnt jegliche Zwangsabgaben zur Erreichung des CO₂-Zieles ab.
- ▶ Die alternativen Energieformen wie Geothermie, Windenergie, Sonnenenergie und Biomasse haben sich am Markt zu behaupten. Dazu sind die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um der Wirtschaft und dem Gewerbe Investitionen in Energieträger wie Holz und Biomasse zu erleichtern. Staatliche Förderprogramme oder Subventionen jeglicher Energieformen sind hingegen abzulehnen.
- ▶ Die Nutzung von Erdgas hat sich auf den Einsatz im Brenn- und Treibstoffbereich zu konzentrieren.
- ▶ Forderungen bezüglich des Ausstieges aus der Kernenergie, wie auch die Verhinderung eines Ausbaus der Wasserkraft, sind abzulehnen.
- ▶ Die künftige Stromproduktion hat auf bewährte und unabhängige Energieformen wie Wasser- und Kernkraft zu setzen. Dies bedingt:

- einen raschen Grundsatzentscheid zu Gunsten der Kernenergie
- sofortiger Beginn der Planung des Ersatzes der Kernkraftwerke
- rasche Lösung der Entsorgungsfrage

Keine künstliche Verteuerung des Stroms

Trotz zum Teil massiver Ablehnung diverser Energievorlagen, welche zum Ziel hatten, die Stromproduktion durch Förder- und Lenkungsabgaben zu steuern, wird weiterhin - und trotz rekordverdächtiger Energiepreise - versucht, dieses Thema aufs politische Parkett zu bringen. Ansinnen, welche zum Ziel haben, den Bürger zum Konsum so genannt sauberer Energien umzuerziehen, ist auch in Zukunft entschieden entgegenzutreten. Es kann nicht Ziel einer Gesellschaft sein, mittels realitätsfremden Konzepten und Massnahmen Energien zu fördern, welche auf dem Markt nicht bestehen können. Völlig ungewiss ist auch, ob sie die fossilen Energieträger sowie die Kernkraft überhaupt ersetzen können.

Ideologische Stromkonzepte schaden der Schweiz

Im Interesse einer breit gefächerten Stromversorgung sind alternative Energieformen zu begrüssen, eine selektive Förderung und damit Bevorzugung einzelner Energien ist aber entschieden abzulehnen. Die durch Zwangsabgaben und Subventionen verteuerte Energie hätte fatale Folgen für den Wirtschaftsstandort Schweiz und würde Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden.

CO2-Gesetz: Abwarten statt vorausseilen

Mit dem Abkommen von Kyoto hat sich die Schweiz verpflichtet, die CO₂-Emissionen markant zu verringern. Die Staatengemeinschaft will als Ziel eine Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen um acht Prozent bis 2010 gegenüber dem Stand von 1990. Die Schweiz hat, entgegen der Vereinbarung, dieses Ziel eigenmächtig auf zehn Prozent heraufgesetzt.

Obwohl die Schweiz nur 0,2 Prozent der weltweiten CO₂-

Emissionen verursacht, wurden also auch hier die Bedingungen eigenhändig verschärft. Im Sinne einer langfristigen, nachhaltigen und sicheren Energieversorgung ist dieses Vorgehen nicht sinnvoll. Die grössten CO₂-Verursacher USA, China so-



wie Indien haben sich bislang geweigert, diesem Abkommen beizutreten. Macht es Sinn, unserer Wirtschaft künstliche Fesseln anzulegen, während die CO₂-Hauptverursacher abseits stehen?

Die USA sind weltweit für 25 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Staaten wie China oder Indien werden mit verstärkter Industrialisierung diese Zahl noch übertreffen. Solange kein koordiniertes Vorgehen der Weltgemein-

schaft gewährleistet ist, bleibt das Abkommen ein blosses Lippenbekenntnis. Es bleibt abzuwarten, ob der Rest der Weltgemeinschaft die hochgesteckten Ziele auch tatsächlich erreichen wird. Aufgrund dieser Fakten wäre wohl die „Nach-Reiter-Rolle“ die ver-

nünftigere und realistischere Strategie.

Solche ideologisch motivierten Massnahmen schaden unserer Wirtschaft und stehen in keinem Zusammenhang zu einem koordinierten Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft. **Das eigentliche Ziel dieses Gesetzes scheint demnach nicht Kyoto zu sein, sondern die fossilen Energieträger so zu verteuern, dass andere Energieformen attraktiver werden.** Die



► Nationalrat Robert Keller, Pfäffikon (ZH)

Gaskraftstrategie des Bundesamtes für Energie lässt sich zu wirtschaftlichen Bedingungen so jedenfalls nicht realisieren. Solche Zwangsabgaben sind immer kontraproduktiv, da sie einzelne Energieträger bestrafen, um anderen Formen Vorteile zu bringen.

Wirtschaftsfeindliche Förderung alternativer Energien

Diese Breite des Angebotes muss ohne zusätzlichen Aufwand wie Förderprogramme erreicht werden. Die einseitige Belastung einzelner Energieformen schafft weder eine nachhaltige, noch wirtschaftliche Grundlage für unsere Energiepolitik. **Nicht das Auspielen der einzelnen Energieträger gegeneinander, sondern die sinnvolle Ergänzung für das wirtschaftlich Machbare, muss das Ziel sein. Negative Auswüchse wie die Einspeisevergütung, Anbauschlachten in Milliardenhöhe (Kosten Grös-**

senordnung NEAT-Basistunnel für wenige „Versorgungsprozente“) lösen dabei weder das Versorgungsproblem, noch schaffen sie Strukturen, die im Wettbewerb bestehen können. Im Endeffekt entscheidet der Kunde, welcher Energieform er den Vorzug geben will. Künstliche Verzerrungen des Wettbewerbes und die Umerziehung des Bürgers sind nicht Aufgabe des Staates oder der Gesellschaft.

Bestes Beispiel für die Ideologisierung der Strompro-

duktion sind die aktuellen Initiativen „Lebendiges Wasser“ und „Energie statt Arbeit besteuern“. Die Stossrichtung beider Vorlagen hat zum Ziel, den bewährten Schweizer Strommix mit Abgaben und Umverteilungsaktionen zu ändern.

Auch Forderungen bezüglich des Ausstieges aus der Kernenergie sind abzulehnen. Der Wind hat weltweit und auch in Europa (mit Ausnahme Deutschlands) zu Gunsten der Kernenergie gedreht.

Der Ausstieg aus dem Ausstieg ist bereits Realität. Die Schweizerpolitik steckt den Kopf noch in den Sand. Das wollen wir ändern.

Die bei einem Ausstieg entstehenden Probleme (eine noch grössere Stromversorgungslücke, vermehrte Abhängigkeit vom Ausland) werden dabei geflissentlich ignoriert oder als unwahr abgetan. Ironischerweise sind die gleichen kritischen Kreise aber auch gegen einen Ausbau bereits bestehender Wasserkraftwer-

ke. Beim Ausbau der Produktion der Wasserkraft werden dabei vor allem landschaftschützerische Gründe ins Feld geführt, dasselbe geschieht beim Ausbau der Windkraft. Die Mär vom Kernenergie-Ausstieg bei gleichzeitiger CO2-Reduktion zu günstigen Preisen gehört definitiv in den „Schredder“. Sie ist Ausdruck einer veralteten Planwirtschaft (oder hat sich das SP-Wirtschaftspapier in diesem Punkt etwa geändert?).

FORUM: Mitmachen bei der SVP Internet-Gemeinde

Diskutieren Sie aktuelle politische Themen im **Internet-Diskussionsforum** der SVP auf www.svp.ch. Sie können Ihre Meinungen und Kommentare zu Themen, welche die Schweiz bewegen, wie bisher abgeben. Neu haben Sie zudem die Möglichkeit, sich für die **Online-Community**, die SVP Internet-Gemeinde, zu registrieren.



FORUM

Herzlich willkommen bei der Online-Diskussion der SVP über politische Themen der Schweiz. Diskutieren Sie mit. Klicken Sie auf das Thema Ihrer Wahl und geben Sie Ihren Kommentar ab. Wenn Sie sich für die Online-Community registrieren, bekommen Sie sogar Zugriff zum SVP-Chat und können sich hier mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Wir wünschen viel Vergnügen. Wir wünschen angeregte Diskussionen.

Wicht. angemeldet: [Anmelden] oder [Registrieren] Über (Gäste) online: 8 (3) Mitglieder Suchen

Thema	VIEWS	ARTIK.	AUTOR	NEUESTE NACHR.
Fall Solenzai: Alles erstunken und erflogen	156	12	admin	10.07.06 09:13
Keine Schweizer Soldaten im Irak	96	5	admin	10.07.06 00:03
Landwirtschaft opfern für EU-Beitritt? + Seiten: 1 2 +	307	16	admin	10.07.06 06:46
Jugendgewalt hat einen Namen: Ausländergewalt + Seiten: 1 2 3 +	896	40	SVP Schweiz	09.07.06 22:29
Es kommt Licht in den Schengen-Skandal	87	4	SVP Schweiz	09.07.06 08:22
Asyl- und Ausländergesetz: Missbräuche stoppen	122	8	admin	07.07.06 23:48
Einbürgerungspliktatur	319	13	admin	06.07.06 10:29
85 Prozent der Vergewaltigten sind Ausländer + Seiten: 1 2 +	342	22	admin	04.07.06 23:48
Agrarpolitik: Chancen für Verbesserungen nutzen	26	0	admin	04.07.06 14:03
Autobahn A1 mit sechs Fahrspuren + Seiten: 1 2 +	443	20	SVP Schweiz	03.07.06 19:03
Nach zur ökologischen (72) Umweltministerin	190	6	SVP Schweiz	02.07.06 09:03

Wenn Sie sich registriert haben, können Sie neben dem Diskussionsforum auch den **SVP-Chat** benutzen und sich mit anderen Benutzern zum Chatten verabreden. Nutzen Sie diese Möglichkeiten, um interaktiv am politischen Leben teilzuhaben. Viel Vergnügen!

Missbrauch
stoppen

Echten
Flüchtlingen
helfen.



Kobi Frei
Finanzdirektor (AR)

«Das revidierte Asylgesetz und das neue Ausländergesetz geben uns die Möglichkeit, Asylmissbrauch und illegale Einwanderung konsequenter zu bekämpfen. Das macht unser Land sicherer, erspart uns jährlich Millionen an Steuergeldern. Und die humanitäre Tradition bleibt gewahrt!»

Deshalb: **Asyl- und Ausländergesetz**

2xJA

Überparteiliches Komitee für eine sichere und humanitäre Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern. www.asylgesetz-ja.ch

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch



Hotel



Alpenblick Fieschertal

Wellness-Hallenbad-Sauna-Dampfbad-Whirlpool

Fam. Holzer Fabian 3984 Fieschertal Tel. 0279701660 Fax. 0279701665
www.hotelalpenblick.ch alpenblick@rhone.ch

Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung - Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion: Simon Glauser, Chefredaktor

Anzeigenverwaltung: Simon Glauser, Telefon 031 300 58 53, Fax 031 300 58 59, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, Mail svpja@svp.ch

Abonnementspreise: Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.- Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstrasse 18, 4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen: siehe Adresse "**Druck**" oder Mail an zollinger@svp.ch

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.ch



Ernährungssouveränität sichern

Was die Schweiz im Fussball nicht geschafft hat, gelingt ihr auf einem anderem Gebiet völlig problemlos: Die Schweiz ist Weltmeisterin im Import von Nahrungsmitteln. Kein Land auf der Welt importiert pro Kopf der Bevölkerung mehr Lebensmittel als die Schweiz.

An zweiter Stelle folgt mit grossem Abstand Japan, dann Südkorea. Auch in absoluten Zahlen liegt unser kleines Land mit 7,4 Millionen Einwohnern gemessen am Wert der importierten Nahrungsmittel weltweit bereits an 10. Stelle. Diese hohe Auslandabhängigkeit ist aus staatspolitischer Sicht bedenklich und darf durch weitere unkontrollierbare Grenzöffnungen nicht weiter verschlechtert werden.

Mit der neuen Agrarpolitik ist der Selbstversorgungsgrad unseres Landes in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Lag er im Jahre 2000 noch bei 62 %, so bewegt er sich heute noch bei 55 %. Dieser Prozess wird sich mit der AP 2011 noch beschleunigen. Mit der Umsetzung der WTO-Verhandlungen ist ohne entsprechende Gegenmassnahmen mit einem weiteren Rückgang der Selbstversorgung zu rechnen. Würde die Schweiz gar ein Freihandelsabkommen mit der EU abschliessen, müsste nahezu mit einer Halbierung des Selbstversorgungsgrades gerechnet werden. Es kann und darf kein Ziel sein, nur noch einen Drittel des eigenen Bedarfs im Inland zu produzieren.

Fakt ist: Ohne zusätzliche Nahrungsmittel aus dem Ausland wäre die Schweizer Bevölkerung heute nicht mehr zu ernähren. Täglich werden rund 45 % des Bedarfs an Nahrungsmitteln aus aller Welt importiert. Während wir in der Schweiz den eigenen Produzenten hohe Auflagen machen und diese mit scharfen Kontrollen auch durchsetzen, spielt das bei Importprodukten alles keine Rolle.



Fleisch aus nicht artgerechter Haltung findet ebenso den Weg in unsere Gestelle wie andere Produkte, deren Produktionsart auch nicht im Ansatz unseren Standards entsprechen.

Mit der neuen Agrarpolitik vernachlässigt die Schweiz heute die Nahrungsmittelproduktion, weil sie zu einseitig auf Extensivierung setzt. Die offizielle Agrarpolitik verteuert zudem unsere Produktion oft unnötig und macht uns damit zum Spielball eines durch weltweite Überschüsse völlig verzerrten Weltmarktes. Der Warenaustausch auf dem Weltmarkt betrifft weniger als 10 % der Agrarproduktion und jegliche Erweiterung wird nur der kleinen Minderheit der Exportstaaten zugute kommen. Dabei ist anzumerken, dass es einen eigentlichen Weltmarkt für Agrarprodukte kaum gibt. Viel mehr ist es eine Verwertung von verbilligten oder staatlich subventionierten Überschüssen, die in der Regel nicht den effektiven Gestehungskosten entsprechen. Auf diese Art zustande gekommene Weltmarktpreise mit unseren Standards zu vergleichen ist nicht zulässig.

Selbstverständlich sollen Nahrungsmittel möglichst kostengünstig sein, damit sich die Bevölkerung gesund und

gut ernähren kann. Das ist in der Schweiz heute ohne weiteres erfüllt. Gemessen an der Kaufkraft hat die Schweiz weltweit die billigsten Lebensmittel, auch hier sind wir Weltmeister. Schweizer Haushalte wenden gemäss offizieller OECD-Statistik 11 % des Einkommens für Nahrungsmittel auf. In Deutschland sind es bereits 12,2 %, in Frankreich 14,5 % und in Italien 14,7 %. Wer für die Schweiz gleiche Konsumentenpreise fordert, wie sie Billigdiscounter an der Grenze anbieten, ist nicht nur auf einem, sondern auf beiden Augen blind.

Umfragen zeigen, dass fast 90 % der Schweizer Bevölkerung der Ansicht ist, dass die inländische Ernährungssicherung wichtig, bzw. sehr wichtig ist. Dem Selbstversorgungsgrad wird auch heute noch grosse Bedeutung beigemessen. An dieser Stelle sei auch daran erinnert, dass mit einer weiteren Reduktion des Selbstversorgungsgrades auch die gentechnikfreie Nahrungsvorsorgung, wie sie am letzten 27. November von Volk und Ständen festgelegt wurde, zur Farce verkommt.

In Art. 104 (Landwirtschaft) der Bundesverfassung wird statuiert, dass der Bund dafür zu sorgen hat, dass die Landwirtschaft einen wesentlichen



► Nationalrat Toni Brunner, Ebnat-Kappel (SG)

Beitrag zur sicheren Versorgung der Bevölkerung und zur dezentralen Besiedelung des Landes leisten kann. Auch gemäss Art. 102 (Landesversorgung) hat der Bund die Versorgung des Landes mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen und dazu vorsorgliche Massnahmen zu treffen. Mit einer zunehmenden Öffnung der Agrarmärkte werden diese Bestimmungen zusehends unterlaufen. Es kann nicht angehen, dass der Strukturwandel ganze Täler und Berggebiete aussterben lässt und zur Aufgabe der Nutzung und Pflege der Kulturlandschaft führt. Dies würde unbestritten auch negative Folgen für die Infrastruktur, für den Tourismus und das Gewerbe im ländlichen Raum zeitigen.

Die Schweizer Landwirtschaft wird nur dann eine gewisse Grundversorgung an Nahrungsmitteln sicherstellen können, wenn sie dafür Preise erzielt, von denen sie leben kann. Schweizer Bauern können nicht zu Löhnen eines Drittweltlandes arbeiten, denn wir bezahlen alle unsere Kosten ebenfalls im Hochlohnland Schweiz. Weltmarktpreise reichen daher nicht. Kann die Landwirtschaft aber angemessene Preise für ihre Produkte erzielen, wird sie auch weiterhin ihren verfassungsmässigen Zusatzauftrag der Landschaftspflege übernehmen können. ◀

Der Sommer ist da - mit der trendigen **SVP-Sonnenbrille!**

.....	Expl. Sonnenbrille	rot, mit CH-Kreuzen und drei versch. Gläsern	Fr. 129.--
.....	Expl. Seiden-Foulard	Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.--
.....	Expl. Sitzungsmappe	schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung	Fr. 49.--
.....	Expl. Pin	ab 10 Stk./Fr. 4.--	Fr. 5.--
.....	Expl. Polo-Shirt	<input type="checkbox"/> dunkelblau <input type="checkbox"/> weiss / Grösse (S, M, L, XL)	Fr. 40.--
.....	Expl. Post-it	Block à 50 Blatt	Fr. 2.--
.....	Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr. 20.--
.....	Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
.....	Expl. Jass	<input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> deutschschweiz	Fr. 3.--
.....	Expl. Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
.....	Expl. Kugelschreiber		Fr. 2.50



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Die Wettbewerbs-Gewinner aus der Ausgabe Nr. 06 / 2006

Einen praktischen SVP-Rucksack gewonnen haben:

Erna Thüler, Basel / Matthias Stalder, Riehen (nur 2 richtige Lösungen eingegangen)

Gesucht wurde Nationalrat Jean-Henri Dunant (BS)



Wettbewerb

Welcher eidg. Parlamentarier verbirgt sich hinter diesem Bild?



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 3 praktische SVP-Sackmesser

Kleiner Tipp:
Der gesuchte Parlamentarier ist in dieser Ausgabe abgebildet.

Lösung

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern, per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Einsendeschluss: Freitag, 11. August 2006

Die liberale Drogenpolitik ist KEIN Erfolg!

Den Medien kann man entnehmen, dass die liberale Drogenpolitik der Schweiz ein Erfolg sei: Der Psychiater R. Stohler und der Soziologe C. Nordt, welche die seit 1991 geführten Register aller Methadonbehandlungen im Kanton Zürich ausgewertet haben, seien bei ihrer Studie zu diesem Schluss gekommen, denn die Zahl der Neueinsteiger in den Heroinkonsum habe seit der Einführung der niederschweligen Heroin- und Methadonabgabe abgenommen.

Dies ist nach den jahrelangen Erfahrungen von Fachleuten der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen» ein Trugschluss, auch muss an der Wissenschaftlichkeit dieser Studie gezweifelt werden, da der Erfolg nur auf einen Aspekt der ganzen Problematik einer liberalen Drogenpolitik ausgerichtet ist. Viele wesentliche Aspekte werden ausgeklammert, auf welche wir hier eingehen wollen:

Ablösung von Heroin durch Cannabis und Kokain

Welche Drogen gerade schwerpunktmässig konsumiert werden, ist einem Trend unterworfen. In den letzten ca. 15 Jahren wurde Heroin von den illegalen Drogen Cannabis und Kokain abgelöst. Deshalb darf der Rückgang der Heroin-Neueinsteiger keineswegs der liberalen Schweizer Drogenpolitik zugeschrieben werden.

Die staatliche Heroinabgabe ist keine Heilbehandlung

Es ist eine Lüge, dass sich Heroinsüchtige durch das Spritzen von staatlich kontrolliertem Heroin einer Therapie, also Heilbehandlung unterziehen würden. Mit ca. 5% Ausstiegswilligen muss dieses Ziel als Misserfolg bewertet werden. Heroin- und Methadonsüchtige bleiben somit meist ihr Leben lang Sozialfälle.

Soziale Kosten der liberalen Drogenpolitik steigen ins Unermessliche

Nach Aussage der UNO-Drogenkontrollbehörde kann sich nur ein ganz reiches Land wie die Schweiz eine solche liberale Drogenpolitik mit einer ausufernden Heroin-, Methadon- und neuerdings Ritalinabgabe leisten. Seit dieser zum Teil exzessive Suchtmittelkonsum, der mit minimalen Auflagen verbunden und mit grossen medizinischen Folgekosten belastet ist, von den Krankenkassen getragen werden muss, steigen die Krankenkassenprämien zusätzlich beängstigend. Auch die finanziellen Leistungen im sozialen Bereich, welche die Fürsorgeämter und die Invalidenversicherung für diese kleine Gruppe Drogenabhängiger zu zahlen haben, sind für die Schweizer Steuerzahler bald nicht mehr tragbar. Die Ausgaben für die sozialen Kosten, welche der Konsum illegaler Drogen verursacht, werden auf jährlich über 4 Milliarden Franken geschätzt. Es droht ein Kollaps unserer Sozialwerke auch von dieser Seite!

80% der Drogenkonsumenten politoxicoman

Die Drogenklienten und -klientinnen, wie sie von den Betreuenden genannt werden, sind zu ungefähr 80% politoxicoman, konsumieren also neben dem staatlichen Hero-

in und Methadon andere süchtig machende Substanzen wie Kokain, Cannabis, Schlaf- und Beruhigungsmittel (Benzodiazepine). Diese müssen sie auf dem Schwarzmarkt beschaffen.

Auswirkungen der Verharmlosung des Cannabiskonsums in der Schweiz

Die Studien des Swiss Early Psychosis Project (SWEPP) und der Forschungsbericht ESPAD der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme zeigen klar die Auswirkungen der liberalen Drogenpolitik, also der Verharmlosung des Cannabiskonsums in der Schweiz auf:

- a) Die Schweiz zählt gegenwärtig in Europa zu den Ländern mit dem höchsten Cannabiskonsums-Niveau.
- b) Kognitive Defizite, geringer Bildungserfolg und vor allem eine verschlechterte psychosoziale Anpassung sind die Folgen eines frühen Einstiegs in den Cannabiskonsum.
- c) Bis auf wenige Ausnahmen steigen die Problemwerte parallel zur Häufigkeit des Cannabiskonsums an.
- d) Staatliche Massnahmen und elterliche Kontrollen hängen eng zusammen. Eltern lassen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsum und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen.



► Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweiz. Ver. "Eltern gegen Drogen"

e) Jugendliche geben in der Befragung an, in der Schweiz sei es «sehr einfach», sich den (illegalen) Cannabis zu besorgen.

Auswirkungen des Cannabiskonsums bei den Jugendlichen

Im Kanton Zürich verliert jeder Dritte seine Lehrstelle, die Arbeitslosigkeit gerade wegen Cannabiskonsums ist in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen. Auch nehmen die Gewalttaten unter Drogeneinfluss beängstigende Ausmasse an.

Gefahr von Depressionen und Psychosen durch Cannabiskonsum

Die Suizidrate bei Jugendlichen nimmt in der Schweiz einen Spitzenplatz ein, denn Cannabiskonsum führt nicht selten zu Depressionen und Psychosen.

Diese Argumente belegen, dass die liberale Drogenpolitik der Schweiz in gesundheitspolitischer, gesellschaftspolitischer und ökonomischer Hinsicht kaum noch zu bewältigende Probleme mit sich gebracht hat. Die Exponenten der liberalen Drogenpolitik in der Schweiz betören Behörden und Bevölkerung mit vermeintlichen Erfolgen auf einem Nebenkriegsschauplatz, während die entscheidenden Schlachten schon längst anderswo ausgetragen werden. ◀

Miss- brauch

STOPPPEN

*Asyl- und
Ausländergesetz*

2x⁺JA